

Bund, Länder und Kommunen verhandeln im Geheimen die Abwicklung der gesellschaftlichen Daseinsvorsorge. Ein geleaktes Arbeitspapier mit Dutzenden Zumutungen und Grausamkeiten sorgt für Entsetzen. Behinderte, Kinder, Alleinerziehende, Flüchtlinge: für die Entscheider allesamt nur Kostenfaktoren. Der Mensch dahinter spielt keine Rolle mehr. Von **Ralf Wurzbacher**.

Die Regierungskoalition arbeitet mit Feuereifer an der Demontage des Sozialstaats. Bürgergeld, Gesundheit, Rente - die schon vorgenommenen beziehungsweise in Planung befindlichen sogenannten Reformen rütteln an den Grundfesten des Systems der gesellschaftlichen Daseinsvorsorge. Während die politischen Entscheider das Land mit Unsummen und dumpfer Propaganda auf Kurs Kriegstüchtigkeit trimmen wollen, wird der soziale Frieden kalkuliert aufs Spiel gesetzt. Die niedersächsische Sektion des Sozialverbands Deutschland (SoVD) beschrieb die Marschroute am vergangenen Freitag so: [„Wer nicht der ‚Merzchen Norm‘ entspricht, hat keine Solidarität mehr zu erwarten.“](#)

Anlass war die Enthüllung eines nicht für die Öffentlichkeit bestimmten Dokuments, das Vertreter von Bund, Ländern und Gemeinden offenbar auf Geheiß von ganz oben, sprich Friedrich Merz (CDU), erstellt haben. Dieses behandle Sozialleistungen wie Haushaltsposten, befand der Paritätische Gesamtverband. „Die Menschen, die auf sie angewiesen sind, kommen darin nicht vor.“ Die Wohlfahrtsorganisation machte das „Vorschlagsbuch“ mit dem Titel [„Effizienter Ressourceneinsatz bei Leistungsgesetzen“](#) am Donnerstag publik. Das Schriftstück diskutiert auf 108 Seiten in technokratischer Eiseskälte Dutzende Maßnahmen, wie im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe, im Umgang mit Familien und behinderten Menschen Einschnitte in Milliardenhöhe zu realisieren wären.

„Ergebnisse bis Sommer“

Beispielsweise sollen individuelle Rechtsansprüche auf Schulbegleitung gestrichen, das Wunsch- und Wahlrecht von Menschen mit körperlicher oder geistiger Beeinträchtigung beschnitten, die Nachbetreuung junger Erwachsener aus der Jugendhilfe abgeschafft oder der Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende zusammengekürzt werden. In einer [Medienmitteilung](#) äußerte sich der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen, Joachim Rock, „entsetzt“. Was hier verhandelt werde, „ist ein Angriff auf Errungenschaften, die elementar für soziale Teilhabe sind und die über Jahrzehnte erkämpft wurden“. Dass man derart grundlegende Leistungen für benachteiligte Gruppen so radikal zusammenstreichen wolle und die Debatte überdies im Verborgenen führe, sei „gleichermaßen skandalös“.

Datiert ist das Papier auf den 25. März 2026. Es bildete die Grundlage eines nicht öffentlichen Treffens einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe vom selben Tag im

Bundeskanzleramt. Urheber der Empfehlungen sind die Bundesministerien für Arbeit und Soziales sowie für Bildung und Familie, der Deutsche Städtetag (DST), der Deutsche Landkreistag (DLT), der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB), dazu die Bundesländer Bayern, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und Brandenburg. Die Inhalte bilden nur die Momentaufnahme eines schon seit Jahresende 2025 laufenden Prozesses, in dessen Zuge die Beteiligten regelmäßig zusammenkommen, um Ideen zu Eingriffen in verschiedenen sozialstaatlichen Regelungsbereichen zu erörtern, zuletzt am zurückliegenden Mittwoch. Wie tagesschau.de festhielt, wolle der Kanzler [„Ergebnisse bis zum Sommer“](#).

Hilfspaketchen aus Berlin

Zum Hintergrund: Die Kommunen klagen schon lange und immer lauter, dass per Bundesgesetz aus Berlin Leistungen bestellt werden, die dann durch sie ohne entsprechende Kompensation umgesetzt und bezahlt werden müssen. Das betrifft insbesondere Ausgaben für die Kinder- und Jugendhilfe, die Eingliederungshilfe, Hilfen zur Pflege sowie für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen – gerade auch derjenigen, die seit 2022 in großer Zahl aus der Ukraine nach Deutschland gekommen sind. Jüngst erst hatte das Statistische Bundesamt ein neues [„Rekorddefizit“](#) von Städten und Gemeinden in Höhe von knapp 32 Milliarden Euro für das Jahr 2025 vermeldet. Deren Vertreter plädieren für eine grundlegend neue Lastenverteilung bei der Finanzierung gesamtstaatlicher Aufgaben. Ein Drittel sollten sie selbst, ein Drittel die Bundesländer und ein Drittel der Bund beisteuern.

Die Bundesregierung will da nicht mitmachen und belässt es in Sachen „Unterstützung“ bei Symbolpolitik. Vor einer Woche hat das Bundeskabinett ein [„Hilfspaketchen“](#) im Umfang von vier Milliarden Euro bis einschließlich 2029 für Länder und Gemeinden geschnürt. Es sei der Regierung [„ein wichtiges Anliegen, dass die Kommunen handlungsfähig sind und sie vor Ort investieren können“](#), verbreitete das Bundespresseamt. Das sei „leider Gottes nur der berühmte Tropfen auf den heißen Stein“, beschied man dagegen beim Deutschen Städte- und Gemeindebund. Nun wird offenbar: Während sich der Verband nach außen gerne als Opfer darstellt, betätigt er sich hinter den Kulissen als Mittäter beim konzertierten Sozialkahlschlag.

Behindertenrechte? Kinderrechte? Nix da!

Beispiele: Der gesetzliche Anspruch von geistig und körperlich beeinträchtigten Kindern auf Schulbegleitung soll gestrichen werden. Bei Umsetzung bekämen rund 300.000 Leidtragende nicht länger einen eigenen, individuellen Betreuer zur Seite gestellt.

Alternative Unterstützungsangebote sollen die Schulen auf eigene Rechnung begleichen – als piffen die nicht selbst personell auf dem letzten Loch. Falls sich diese Linie als nicht durchsetzbar erweist, peilt man als Rückfalloption die Ausweitung des sogenannten Poolings an, also Gruppenlösungen, bei denen sich mehrere Kinder eine Begleitperson teilen. Pooling ist allerdings qua Gesetz nur statthaft, sofern es für das Kind zumutbar ist und dessen individueller Bedarf gedeckt bleibt. Diese Bedingung soll nach den Plänen ausgehebelt werden.

Das Vorgehen wäre nicht nur sozialpolitisch hochproblematisch, sondern auch in rechtlicher Hinsicht. Der Eingriff widerspricht der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen (UN), die für die BRD seit 2009 zumindest auf dem Papier bindend ist. Auch die angestrebte Unterbringung unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter ab 16 Jahren in Unterkünften für Erwachsene mit reduzierten Standards verletzt internationale Rechtsnormen, nämlich die der UN-Kinderrechtskonvention. Auf Amtsdeutsch hört sich der Plan dagegen ganz harmlos an: „Daher ist insbesondere für diese älteren Jugendlichen eine Rechtslage zu schaffen, die sich dem Umgang mit erwachsenen geflohenen Menschen annähert.“

„Alles wird zunichtegemacht“

Abgeschafft werden soll auch die Nachbetreuung junger Erwachsener, die die Jugendhilfe bislang dabei unterstützt, sich ein eigenverantwortliches Leben aufzubauen. Außerdem will man den Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende zusammenstreichen. Der wird gezahlt, sofern ein Elternteil, zumeist der Vater, seinen Unterhaltungspflichten nicht nachkommt. Im Jahr 2024 haben davon bundesweit 850.000 Kinder profitiert. Der Vorschlag lautet, den Zuschuss nur noch für unter 13-Jährige und längstens 72 Monate zu gewähren. Ferner soll der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Schulkinder vertagt oder „abweichend gestaltet“ werden dürfen.

Einschnitte beim Wunsch- und Wahlrecht von Behinderten laufen darauf hinaus, dass diese nicht länger darüber bestimmen können, wer ihnen bei der täglichen Körperpflege hilft, sie beim Wohnen begleitet oder ihnen im Alltag zur Seite steht. Geplant ist ein Rollback in die Zeit vor 2016, als sich mit Inkrafttreten des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) die Logik der Eingliederungshilfe vom fürsorglichen Verwalten zum personenzentrierten Leistungsrecht verlagerte. „Die Überlegungen machen alles Erreichte zunichte“, beklagte Niedersachsens SoVD-Chef Dirk Swinke. „Wer den Sozialstaat Schritt für Schritt aushöhle, riskiere nicht nur, dass Menschen abgehängt werden, sondern setze auch den demokratischen Zusammenhalt aufs Spiel.“

70-mal Rotstift

Besagtes Arbeitspapier listet insgesamt 70 Rezepte mit einem bezifferten Volumen von 8,6 Milliarden Euro auf. Die komplette Kürzungslast dürfte noch viel schwerer sein. Für knapp zwei Drittel der Punkte liegt gar keine Kostenabschätzung vor. Laut Paritätischem durchzieht den Katalog ein plumpes Muster: „Teure individuelle Hilfen sollen durch billigere kollektive Angebote ersetzt werden, egal ob diese Angebote überhaupt existieren oder den Bedarf decken können.“ Geschäftsführer Rock schockiert im Speziellen die Abgebrühtheit, mit der die Verfasser ihre Ideen vortragen, und „das vollständige Fehlen jeder Abwägung“. An keiner Stelle werde gefragt, ob die angepeilten Einsparungen den individuellen und gesellschaftlichen Schaden rechtfertigen, den sie anrichten könnten.

In einer separaten [Bewertung der Vorschläge](#) führt der Verband aus: „Dass junge Erwachsene ohne Nachbetreuung auf der Straße landen, dass befristete Hilfen mehr Bürokratie erzeugen, als sie einsparen: kein Thema. Armut, Gewalt und psychische Erkrankungen als eigentliche Treiber steigender Fallzahlen: ebenfalls kein Thema.“ Dabei stimme es, dass die Ausgaben gestiegen sind. „Aber sie sind gestiegen, weil die Gesellschaft politische Entscheidungen getroffen hat, die richtig waren“, also mehr und bessere Kindertagesbetreuung, intensivierter Kinderschutz, mehr ambulante statt stationärer Hilfen, die Aufnahme geflüchteter Kinder und Jugendlicher, eine stärkere Personenzentrierung in der Eingliederungshilfe.

SPD-Fraktion nicht d'accord

„Diese Liste ist eine Schande, die Regierung sollte sich in Grund und Boden schämen“, monierte auch Heidi Reichinnek, Vorsitzende der Bundestagsfraktion Die Linke. Mit [„beispielloser Brutalität“](#) werde „überall der Rotstift angelegt“, bemerkte sie in einem Pressestatement. „Besonders perfide“ ist für sie der Plan, den Unterhaltsvorschuss radikal einzukürzen, während die Gruppe in Sonntagsreden stets ganz hoch im Kurs steht. „Familien bekommen in diesem Land sowieso schon zu wenig Unterstützung, die Beschäftigten in den Einrichtungen sind überlastet, das System steht kurz vor dem Kollaps.“ Aber die Antwort von Union und SPD laute: „Noch mal richtig draufhauen.“

Immerhin: Auch in den Reihen der SPD regt sich Protest. „Die Überlegungen zu tiefgreifenden Einschnitten im sozialen Bereich sind nicht nur besorgniserregend, sondern in ihrer Tragweite schlicht inakzeptabel“, verlautete am Donnerstag seitens der Bundestagsfraktion. [„Einsparungen auf dem Rücken der Schwächsten wird es mit uns nicht geben.“](#) Dann muss man sich ja keine Sorgen machen ...

Titelbild: ImageFlow / Shutterstock 